Einzelnummer 1 K. | 3. Jahr. | Nr. 15 | Abonnement Monatl. K 2.— ½jährl. K 20.—

Jüdisches Volksblatt

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 24. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischen Verlages" reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

Das „Jüdische Volksblatt" ist kein Lokalblatt, sondern als Versandzeitung dazu berufen, den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten Judenschaft im ganzen tschechoslowakischen Staate und in Galizien zu dienen. — Inserate kosten 30 h für die 8fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

Dienstag, 22. II. 1921. | 14. Adar 5681.

Mitteilung des Zionistischen Distriktskomitees für Mähren und Schlesien.

Wir bringen allen Ortsgruppen und Vertrauensmännern zur Kenntnis, daß die für Sonntag, den 27. d. M. einberufene Vertrauensmänner- und N. F. Konferenz infolge Verhinderung mehrerer wichtiger Referenten unterbleibt.

*

Mitteilung der Zionistischen Ortsgruppe Mähr.-Ostrau.

Donnerstag, den 24. Februar, 8 Uhr abends, findet im Saale zur Weintraube ein Gästeabend der Zionistischen Ortsgruppe statt, an welchem Dr. Hugo Herrmann über die Bedeutung des soeben veröffentlichten Palästinamandates sprechen wird. Anhänger und Freunde unserer Sache willkommen!

Zum Zionistentag.

In der letzten Nummer des „Zidovské Zpravy" veröffentlicht Dr. Angelo Goldstein einen Artikel zum Zionistentag. Doktor Goldstein sieht die Bedeutung des Zionistentages in zwei Hauptpunkten. Der wichtigste Gegenstand wird seiner Meinung nach der Keren Hajessod sein und es wird sich nach ihm darum handeln, die Sicherheit dafür zu schaffen, daß alle Zionisten tatsächlich den Maaßer geben. Bei dieser Gelegenheit werde es, so führt Dr. Goldstein aus, selbstverständlich nötig sein, auch die Frage zu behandeln, wie die gesammelten Mittel verwendet werden sollen. Es handle sich um ein bisher nicht genügend durchgearbeitetes Problem und es sei unerläßlich, daß dieses Problem in Kürze, womöglich noch vor der Tagung gelöst werde, da seine Verzögerung schädliche Folgen für die so verheißungsvoll begonnenen Sammlungen haben könnte.

Eine zweite und nicht weniger wichtige Frage werde die der durchzuführenden Neuwahlen in das Zentralkomitee sein. Hiezu führt Dr. Goldstein aus:

„Nach dem Umsturz war es nötig, daß sich so rasch als möglich eine Repräsentanz unserer Bewegung bildete und daher wurde aus dem bisherigen Distriktskomitee, dessen Tätigkeit sich bloß auf Böhmen bezog, das erste Zentralkomitee gebildet. Mit Rücksicht darauf, daß unsere Bewegung in Prag keine genügende Zahl geschulter Kräfte besaß, war es nötig, sich mit Gesinnungsgenossen zu behelfen, welche bei allem guten Willen doch nicht die erforderliche Erfahrung besaßen. Dieser Mangel wurde noch fühlbarer, als eine ganze Reihe von Arbeitern durch die Arbeit im Jüdischen Nationalrat und in den Vereinigten Jüdischen Parteien absorbiert wurde, wo sie den Einfluß unserer Organisation gegenüber Kreisen, mit denen wir uns zum Zwecke der Wahlen und anderer politischer Aktionen vereinigen mußten, geltend machten und aufrecht hielten.

Unter diesen Umständen empfand man bald den Mangel an geeigneten Funktionären für die einzelnen führenden Organe und daran leidet unsere Organisation bis jetzt. Anderseits haben wir außerhalb Prag — besonders in Mähr.-Ostrau, Brünn usw. — eine ganze Reihe verdienter und fähiger Mitarbeiter, so daß auf der Tagung der Vorschlag zu erwarten ist, einzelne Institutionen der Partei, vielleicht sogar das Zentralkomitee selbst, in die Provinz zu verlegen. Diese Sache ist so wichtig, daß unsere einzelnen Ortsgruppen und Vereine sich mit ihr schon vor der Tagung befassen sollten, und das amtierende Zentralkomitee würde sich ein Verdienst erwerben, wenn es eine Diskussion dieser Frage im Kreise der Vertrauensmänner, der noch vor der Tagung zusammenkommen könnte, ermöglichen würde. Ich fürchte nämlich die Gefahr, die entstehen könnte, wenn die jüdische politische Führung, in welcher unsere Partei vertreten ist, in Prag bliebe, während das wichtigste zionistische Organ seinen Sitz anderswo hätte. Verschiedene Divergenzen in der Anschauung und der Taktik, die sich bei der Lösung und Durchführung verschiedener Aktionen herausstellen können, kann man viel rascher und leichter durch eine gemeinsame Beratung beseitigen, bevor noch die Bewegung Schaden leidet. Daß es für das Zustandekommen einer Vereinbarung vorteilhaft ist, wenn beide die Partei vertretenden Organe in Prag sind, wird von niemand bestritten werden. Dies beweisen die einzelnen Sitzungen, bei denen das Zionistische Zentralkomitee gemeinsam und im Einvernehmen mit dem Jüd. Nationalrat grundsätzliche Fragen jüdischer Politik gelöst hat."

Ich begrüße es mit Vergnügen, daß Dr. Goldstein durch diesen Artikel die Diskussion über den bevorstehenden Zionistentag eröffnet hat, und hoffe, daß sein Beispiel möglichst viele und eifrige Nachfolge finden wird. Allerdings hoffe ich auch, daß die Fragen dann noch etwas tiefer gefaßt werden, als Dr. Goldstein es in diesem ersten vorbereitenden Aufsatz tun konnte. Auch ich halte die beiden von Dr. Goldstein angeschnittenen Fragen für die wichtigsten der dem Zionistentage vorliegenden Gegenstände und möchte zu diesen beiden Punkten folgendes bemerken:

Dem Zionistentag werden Berichte über die bisherige Aktion für Keren Hajessod vorgelegt werden und er wird in der Lage sein festzustellen, daß in einzelnen beträchtlichen Teilen der Organisation der Gedanke des Maaßer bereits festen Fuß gefaßt hat. Damit wird die Möglichkeit gegeben sein, das Beispiel dieser Teile der Organisation den übrigen als verpflichtendes Vorbild hinzustellen und den Delegierten die Verantwortung dafür aufzuerlegen, daß jeder in seiner Ortsgruppe dafür sorgt, daß die Zionisten überall den Maaßer geben. In Mähren und Schlesien hat erst der zehnte Teil der organisierten Zionisten seine Zeichnungen für Keren Hajessod gegeben und damit einen Betrag von zweieinhalb Millionen Kronen gesichert. Wenn dieses Beispiel noch von den übrigen neun Zehnteln befolgt wird — und dafür bestehen die besten Anzeichen — so werden wir zweifellos in der Lage sein, vor dem Forum der Weltorganisation in Ehren zu bestehen. Dazu sind nicht Beratungen nötig, sondern Aktionen.

Die mit Keren Hajessod zusammenhängende zweite Frage von Dr. Goldstein scheint mir dagegen fehl am Ort. Es ist nicht richtig, daß die Frage der Verwendung der für den Keren Hajessod aufgebrachten Gelder nicht gelöst ist; diese Verwendung ist durch den Beschluß der Londoner Jahreskonferenz festgesetzt und keine Landesorganisation hat das Recht, hierüber Beschlüsse zu fassen. Der jetzt einer glücklichen Lösung entgegengehende Konflikt zwischen der Zionistischen Exekutive und der amerikanischen Organisation entstand eben dadurch, daß die amerikanische Konvention (die doch zweifellos eine weit einflußreichere Landsmannschaft vertritt als unser Zionistentag) Beschlüsse über die Verwendung des Keren Hajessod gefaßt hat. Dieser Punkt also kann den Zionistentag nicht beschäftigen.

Was nun die Frage der Wahl eines neuen Zentralkomitees und einer eventuellen Verlegung von Prag anlangt, so muß ich auf die historische Entwicklung zurückgreifen, die Dr. Goldstein andeutungsweise streift, ohne ihr jedoch gerecht zu werden. Allerdings war es nach dem Umsturz nötig, eine Zentrale zu schaffen, und allerdings wurde diese Zentrale aus dem bisherigen böhmischen Distriktskomitee gebildet. Dieser gewissermaßen revolutionäre Akt erfolgte anläßlich des ersten Nationaltages am 1. Jänner 1919. Damals setzte eine ziemlich zufällig zusammengewürfelte und im letzten Moment einberufene Versammlung zionistischer Vertrauensmänner ein provisorisches Zentralkomitee ein, an dessen Spitze Dr. Ludwig Singer, der Vorsitzende des Jüdischen Nationalrates, stand. Schon durch diese Personalunion sollte die Harmonie und der Parallelismus zwischen nationalpolitischer Arbeit und zionistischer Organisation nach außen erwiesen, nach innen gewahrt werden. Die Institution bewährte sich nicht. Dr. Singer wurde von der politischen Arbeit begreiflicherweise so absorbiert, daß er an der zionistischen Tätigkeit kaum teilnehmen konnte, und entstehende Konflikte, die zwischen befreundeten Organisationen ohne Schwierigkeit auszutragen gewesen wären, wurden, im Schoße einer Körperschaft entbrannt, zu schwierigen Krisen. Inzwischen setzte sich überall in unserer Landesorganisation der Grundsatz durch, daß zionistische und landespolitische Arbeit organisatorisch zu trennen seien und dem wurde dadurch Rechnung getragen, daß nach einem halben Jahre auf dem ersten tschechoslowakischen Zionistentag (Juli 1919) ein neues Zentralkomitee gewählt wurde, dem keines der im engeren Sinne führenden Mitglieder des Jüdischen Nationalrates angehört. Damit wurden Differenzen, die sich ja immer noch ergaben, in hohem Maße entgiftet und eine weit fruchtbarere Arbeit ermöglicht, für die wir jenen Gesinnungsgenossen zu danken haben, die heute an der Spitze unserer Organisation stehen, in erster Linie dem geschäftsführenden Obmannstellvertreter des Zentralkomitees, Norbert Adler.

Der Jüdische Nationalrat seinerseits hat nahezu alle seine wirklich aktiven Mitglieder und Mitarbeiter aus dem Kreise der arbeitenden Zionisten bezogen, die begreiflicherweise durch die politische Arbeit dann der eigentlich zionistischen Tätigkeit nicht mehr zur Verfügung standen (ich nenne nur Dr. Ludwig Singer, Professor Dr. Alfred Engel, Dr. Angelo Goldstein, Dr. Sigmund Kaznelson und könnte diese Reihe noch beträchtlich fortsetzen). Es ist also unrichtig, wenn Dr. Goldstein meint, in Prag habe unsere Bewegung nicht genug ausgebildete Kräfte gehabt und man habe sich mit sehr gutwilligen, aber wenig fähigen Gesinnungsgenossen behelfen müssen. Vielmehr lag die Schwierigkeit darin, daß der Jüdische Nationalrat einen sehr großen Verbrauch an erstklassigen Arbeitskräften hatte und daß dann einzelne dieser Arbeitskräfte nach einiger Zeit entweder ins Ausland oder ins Otium cum dignitate sich zurückzogen. So können wir feststellen, daß es zwar nach dem Umsturz in Prag eine große Menge gebildeter und hervorragend fähiger zionistischer Arbeitskräfte gab, daß diese aber heute mit sehr wenigen Ausnahmen entweder im Jüdischen Nationalrat verankert sind oder sich einigermaßen zurückgezogen haben. Die wenigen verbleibenden zionistischen Arbeiter wurden dann mit dreifacher Arbeitslast überhäuft, mit den Aufgaben zionistischer Arbeit in der sehr großen aber spröden Ortsgruppe Prag, auf dem schwierigen Feld des böhmischen Distriktes und in der außerordentlich verantwortungsvollen Arbeit des Zentralkomitees.

Dieser dreifachen Aufgabe konnten sie naturgemäß nicht in dem durchaus wünschenswerten Maße genügetun und es hat sich der eigentümliche Zustand herausgebildet, daß der Kreis derjenigen Zionisten, die mit der Arbeit den engsten Kontakt haben, einerseits von den Leistungen keineswegs befriedigt ist, andererseits zu den führenden Mitgliedern des Zentralkomitees volles Vertrauen und vor ihrer Leistung den höchsten Respekt hat. Wir können uns aber nicht verhehlen, daß es dringend notwendig ist, eine Zentrale aufzurichten, die eine starke Wirkung auf die ganze Organisation in unserem Staate entfalten kann, und wir finden es nur zu begreiflich, wenn die bisherige Leitung erklärt, sie könne in dem bisnun notgedrungen festgehaltenen Stile nicht weiter arbeiten.

Unter diesem Gesichtspunkt ist zunächst der Gedanke einer Teilung des Zentralkomitees und einer Verlegung mancher Institutionen von Prag in die Provinz aufgetaucht. Die Frage des Einvernehmens mit dem Jüdischen Nationalrat halte ich für eine nur [illegible] sekundäre. Von dem schönsten Einvernehmen mit dem Jüdischen Nationalrat haben wir nichts,

Feuilleton.

Die Ausgrabungen von Tiberias.

Zu diesem interessanten Thema schreibt die W. M. Z.

Vor einem zahlreichen Publikum, unter dem sich der Oberkommissär sowie viele christliche und arabische Gelehrte befanden, hielt der Delegierte des hebräischen Ausgrabungs-Instituts Professor Dr. Slousch in Jerusalem einen interessanten Vortrag über die von ihm geleiteten Ausgrabungen bei Tiberias, die sehr reiches und wertvolles Material zutage brachten. Die Initiative zu diesen Arbeiten ging von den am Straßenbau beschäftigten Chaluzim aus. Diese fanden während ihrer Arbeit verschiedene altertümliche Geräte, Ton- und Glassorten, sandten Berichte darüber an das hebräische Ausgrabungsinstitut und forderten die Gesellschaft auf, hinzukommen und weitere wissenschaftliche Forschungen vorzunehmen. Am 12. Kislew begannen die Ausgrabungen in der Nähe der Heißquellen von Tiberias, nicht weit vom Grabe des Rabb. Meir Bal-Nes, unter den Gräbern des R. Kahane und R. Jeremia. Slousch fand Spuren von alten jüdischen Ruinen, ein zerstörtes Tor, eine Marmortafel und darauf Menorah und Schofar, die nicht zu tief im Erdboden vorgefunden wurden. Mit großer Spannung wurde die Arbeit fortgesetzt. In einer Tiefe von anderthalb Metern fanden sich die ersten Steine einer Mauer, Anzeichen für einen Synagogenbau. Die Vermutungen täuschten nicht. Bei weiteren Grabungen fanden sich Krüge, Glas- und Bronzegeräte, Steinsachen und Leuchter im echten, altertümlichen jüdischen Stile (und zwar jüdisch-byzantinisch).

Am 15. Kislew fand man in einer Tiefe von 3 Meter 80 Zentimeter einen Fußboden aus Marmor; darunter wurden ein Kanal und eine sehr altertümliche Grundmauer entdeckt. Die Breite des Fußbodens beträgt 185 Zentimeter. Am Ende desselben befand sich eine Stufe, die zum zweiten Fußboden führte. Nachdem dieser letzte gereinigt war, erschienen zwei Fassaden von Marmorsäulen auf der einen ein plastisch gehauener Leuchter und ein Bronzestück, das die Fassade mit der Säule verband. Die hervorstehende Menorah befindet sich an den drei Seiten der Säule, während die vierte in der Wand ist. Bei der Säule wurden zwei Mosaiktafeln ersichtlich, in drei Farben schillernd, grün, hellgrau und blau. Der Wand gegenüber steht eine Säulenreihe, jede Säule 170 Zentimeter von der anderen entfernt. Eine ähnliche Reihe befindet sich in Kifra Nachum, jenseits des Kinereth. Hinter der Säulenreihe befindet sich ein Fußboden aus Stein, der nicht ganz untersucht wurde. Es wurden Ausgrabungen in einer Fläche von 10 Meter Länge und 6.5 Meter Breite vorgenommen.

In einer demnächst erscheinenden Sammelschrift will Slousch alle Beweisgründe dafür auseinandersetzen, daß diese Synagoge die im palästinensischen Talmud unter den dort aufgezählten 13 Synagogen von Tiberias mit dem Namen „Synagoge der Heißquellen des Tanaiten R. Meir" bezeichnete Synagoge ist.

Am 27. Kislew begann eine neue Ausgrabung, um die Fortsetzung der altertümlichen Mauer beim Kanal, nördlich vom ersten Ausgrabungsort, herauszufinden. Nach drei Tagen erschien in einer Tiefe von zwei Metern eine Reihe großer Steine. Nach einer Woche fanden sich Ruinen verschiedener Gebäude, vier Lehmschichten. Jeder Stein hat eine Breite von 64 Zentimetern und eine Höhe von 50 Zentimetern. Die dritte und vierte Schichte sind viel höher als die anderen; sie sind aus Basaltsteinen, ohne Mörtel und Lehm, gebaut. Diesen Bau muß man spätestens der Epoche von Herodes Antipater und Agrippa II. zuschreiben.

In einer Tiefe von 3.5 Meter erschien ein Wasserleitungskanal, der früher in Tiberias war. Diese Entdeckung ist von sehr großem Wert. Es wurde ein altertümlicher Wasserleitungskanal vorgefunden, ganz aus Stein, ein vorzüglich erhaltener Bau, als wäre er unlängst erst ausgeführt worden. Die beiden Enden des Kanals wurden schon vorgefunden. Er hat eine Breite von 40 Zentimetern. Das Bestehen dieses Kanals weist auf ein geordnetes Leben, das früher in Tiberias herrschte, auf die schwere Arbeit, die einst die Juden ausführten, hin, und der Industrie- und Kunststil zeigt, daß die Juden von Tiberias nicht bloß Thoragelehrte, Poeten und Grammatiker waren.

Später wurde eine enge Kammer vorgefunden, in der sich ein kleiner Sarg von 88 Zentimeter und darin ein Kinderskelett befand. Weiter kamen noch Gräber zum Vorschein, vier große Särge und althebräische Bilderreliefs. In einem Sarg war ein Manneskelett mit einem ganzen Becher in der Hand (wahrscheinlich zum Händewaschen bei der Auferste-

wenn das Zentralkomitee nicht die Gewähr bietet, daß es auf seinem eigensten Arbeitsfeld Ersprießliches leistet, und um den Preis bedeutender Leistungen auf zionistischem Gebiete würde ich sogar Konflikte mit dem Jüdischen Nationalrat ohne weiteres in den Kauf nehmen. Solche Konflikte sind aber um so seltener und um so weniger gefährlich, je klarer die Wirkungskreise der beiden Körperschaften getrennt und je weniger die Arbeitsinteressen der einzelnen Personen ineinander verflochten sind. Ich möchte auch hier auf das mährische Beispiel hinweisen. In Mähren, das sowohl in zionistischer Arbeit als auch an Geschlossenheit in landespolitischem Betracht den anderen Teilen der Republik überlegen sein dürfte, haben wir seit vielen Jahren die zionistische Leitung außerhalb der Hauptstadt und halten sie durch Jahre sogar an exponiertester peripherer Stelle, in Bielitz. Die Zentrale der politischen Arbeit wurde in Brünn errichtet und ich kenne aus den zwei Jahren ihres Bestehens keinen Fall eines Konfliktes zwischen dem Landesvolksrat und dem Zionistischen Distriktskomitee. Andererseits beweist das Fehlen von Konflikten nicht alles. Das Zentralkomitee hatte Fühlung mit dem Nationalrat und ging mit ihm einig; trotzdem besteht in zionistischen Kreisen, und gerade unter den Besten, eine sehr tiefgehende Unzufriedenheit mit der Politik des Nationalrates. Andererseits empfand der Nationalrat den Wunsch des Zentralkomitees, an den letzten Kongreß in Brünn eine Botschaft zu richten, als schlimmen Uebergriff.

Eine Reihe anderer Erwägungen scheinen mir dafür zu sprechen, daß die Zentrale zionistischer Arbeit in die Provinz verlegt wird. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Prager Gesinnungsgenossen der undankbaren Aufgabe, die Landesorganisation vor der Welt zu repräsentieren, entbunden und in die Lage versetzt würden, mit frischen Kräften an den Aufbau einer wirklich lebenskräftigen Prager Ortsgruppe und einer böhmischen Distrikts-Organisation zu schreiten. Auch verhehle ich mir nicht, daß in großen Teilen der Organisation ein gewisses Mißtrauen gegen alles, was aus Prag kommt, besteht. Dies ist nicht etwa in politischem Sinne zu deuten, sondern bloß darauf zurückzuführen, daß in Prag wirklich ganz besondere Verhältnisse innerhalb der jüdischen Gemeinde bestehen, wie sie keine andere Stadt in der Republik aufzuweisen hat, und daß die Prager Gesinnungsgenossen allzu leicht versucht sind, diese Verhältnisse auf die Provinz anzuwenden, wo sie keineswegs Verständnis finden.

Aber das sind sekundäre Gründe. Wenn uns die Prager Gesinnungsgenossen eine Liste für ein neues Zentralkomitee präsentieren können, das die Bürgschaft für intensive Arbeit gibt und vom Jüdischen Nationalrat genügend unabhängig ist, so werden wir zweifellos diese Liste wählen. Sollten aber diese Voraussetzungen fehlen, so würden wir es bekämpfen, daß aus der Verlegung des Zentral-Komitees oder seiner Teilung und der Verlegung einzelner Teile in die Provinz eine große politische Haupt- und Staatsaktion gemacht würde, würden dafür eintreten, diese Maßnahmen als rein sachliche und aus den Interessen der Arbeit heraus erfolgende aufzufassen, und jede Art von Prestigepolitik, die für die Arbeit tödlich ist, in allen ihren Erscheinungen auf das entschiedenste zurückweisen.

Dr. Hugo Herrmann.

Vor der Londoner Konferenz.

Auf der bevorstehenden Londoner Konferenz soll der Friedensvertrag mit der Türkei revidiert werden. Jenen ängstlichen Gemütern, welche befürchten, daß dort auch der politische Status Palästinas, wie er in San Remo festgelegt wurde, abgeändert werden könnte, diene zur Kenntnis, daß das Programm der nationalistischen jungtürkischen Regierung Kemal Paschas folgendes als die weitgehenden Forderungen aufstellt, mit denen die türkischen Delegierten nach London reisen und von denen sie zweifellos einen beträchtlichen Teil nachzulassen bereit sind: „Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität über die Dardanellen und Konstantinopel, wobei die Türkei eine interalliierte Kontrolle über die Dardanellen annehmen würde; türkische Staatshoheit über Anatolien und Smyrna, den größten Teil Thraziens einschließlich Adrianopels, finanzielle Hilfe der Alliierten bei der Reorganisation der türkischen Verwaltung." Auf Syrien oder gar Palästina erstrecken sich nicht einmal die ausschweifendsten Wünsche der türkischen Nationalisten und die diese einst türkischen Provinzen betreffenden Teile des Friedensvertrages bleiben also von vornherein außer Diskussion.

Religion — Nation.

„Nach dem Regierungsprogramm über die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sollen die Beziehungen zwischen Religion und Schule in nachstehender Weise geordnet werden: Keine Religion soll künftig obligater oder unobligater Unterrichtsgegenstand sein. Der Religionsunterricht soll ausschließlich der Familie vorbehalten bleiben. Da jedoch die Familie nicht immer fähig ist, diese Aufgabe zu erfüllen, sollen Kinder, falls es die Eltern wünschen, von Geistlichen ihrer Konfession gemeinsam außerhalb des regelmäßigen Schulunterrichtes in der Religion unterwiesen werden. Der Staat werde sich jedoch das Aufsichtsrecht auch in diesem Falle wahren. Der Unterricht kann in den staatlichen Schulgebäuden erteilt werden und der Staat werde diese unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Privatschulen sollen auch künftig gestattet sein, unstatthaft werden jedoch Privatschulen mit ausgesprochen konfessionellem Charakter sein, ebenso auch Privatschulen von kirchlichen Orden. Die noch bestehenden Schulen der Kongregationen müssen ihren ausschließlich konfessionellen Charakter ablegen. Neue konfessionelle Schulen werden schon jetzt nicht mehr bewilligt werden."

Wir gestatten uns der Meinung zu sein, daß es mit der Trennung von Kirche und Staat noch sehr gute Weile hat und daß selbst die vorbereitenden Teilmaßnahmen, die in dieser Meldung angedeutet sind, von der Durchführung noch weit entfernt sind. Die Maßregel der Abschaffung der Religion als Unterrichtsgegenstand ist ja durch die weiteren Bestimmungen abgeschwächt, die einen Religionsunterricht wenn nicht der Form so doch der Sache nach zulassen. Von weitgehender Bedeutung ist aber der letzte Satz, der erklärt, daß die Privatschulen mit ausgesprochen konfessionellem Charakter unstatthaft sein werden und neue konfessionelle Schulen schon jetzt nicht mehr bewilligt werden sollen. Dieser Satz hat zwar **keine** Bedeutung für die jüdischen Bestrebungen auf Errichtung jüdischer nationaler Minderheitsschulen, wie wir deren erste Anfänge in den Prager und Brünner neu errichteten Anstalten besitzen. Hingegen bedeutet eine solche Maßnahme, wenn sie wirklich Gesetzeskraft enthält, die **Vernichtung** der von früher her noch bestehenden wenigen jüdischen Volksschulen in Mähren und der jüdischen Schulen in der Slowakei. Alle diese Schulen wurden immer als konfessionelle Schulen geführt und bezeichnet und ihr Schicksal wäre, wenn sie nicht rechtzeitig als nationale Schulen anerkannt würden, besiegelt. Vielleicht wird dies jenen orthodoxen Kreisen doch zu denken geben, die in ihrer blinden Wut gegen den Zionismus und das nationale Judentum glauben, die jüdische Sonderart auf Grundlage einer „Konfessionalität" retten zu können, deren Begriff doch nur von anderen Konfessionen erborgt sein kann; denn die jüdische Religion ist eben untrennbar verknüpft mit nationalen Werten und wird durch die Bezeichnung „Konfession" ihres tiefsten Lebens beraubt. Wenn sich das Wiener Blatt der Agudath Israel darüber aufregt, daß die Preßburger „Jüdische Volkszeitung" in „provokantem Stile" zur Angabe der jüdischen Nationalität bei der Volkszählung „hetzt", daß es in der Westslowakei die „gewissenloseste Demagogie" bedeute, diese Richtung anzuempfehlen, aber auch in Karpathorußland „potzdumme Politik" sei, wenn sie behauptet, „zur jüdischen Nationalität könne sich nur der bekennen, der sich in Wort und Schrift ausschließlich der jüdischen Sprache bediene" — dann beweist dieses Blatt, daß das Verständnis für jüdische Religion gepachtet zu haben vermeint, absolute Verständnislosigkeit für die Urquellen dieser Religion. Eine Meldung, wie die obige des „Prager Tagblatt", könnte die tiefe Nacht des Irrtums, in der sich manche orthodoxen Kreise hartnäckig festlegen, wie mit einem Blitz erhellen. Jeder, der auch nur den geringsten lebendigen Zusammenhang mit dem Judentum hat, muß empfinden, daß eine jüdische „konfessionelle Schule" etwas ganz anderes ist, als alle anderen konfessionellen Schulen, daß die Angehörigen aller anderen Bevölkerungsgruppen auf konfessionelle Schulen verzichten können, wir Juden aber auf unsere „konfessionelle" Schule niemals und das aus dem ganz einfachen Grunde, weil sie eben keine „konfessionelle" Schule ist, sondern eine nationale.

Im Zusammenhang mit dieser Meldung, möchten wir noch darauf hinweisen, daß es sehr zweckmäßig wäre, wenn die Frage der Trennung von Kirche und Staat in ihren Rückwirkungen auf die jüdische Gemeinschaft möglichst bald von kompetenter jüdischer Seite eine eingehende Darstellung erführe. Es wäre eine der vornehmsten Aufgaben des Jüdischen Nationalrates, diese Frage zu studieren und durch hervorragende Kenner aller einschlägigen Verhältnisse gründlich bearbeiten zu lassen. Es entsteht eine große Menge politischer, kultureller und finanzieller Probleme, die jede einzelne jüdische Gemeinde zu lösen haben wird, zu deren Lösung sie aber aus eigener Kraft schwerlich die Möglichkeit haben wird. Die Vorarbeiten dazu müßten unbedingt schon jetzt in Angriff genommen werden. Natürlich ist die Voraussetzung, daß man über allgemeine Redensarten und unverbindliche Schlagworte hinaus zu scharfer Erfassung der Probleme und zu Vorschlägen konkreter Lösungen gelangt. Wir glauben, daß diese Arbeit des Jüdischen Nationalrates unvergleichlich wichtiger und fruchtbarer wäre als alle seine sehr verdienstlichen, aber doch immer nur in einem engen Kreise sich bewegenden Interventionen.

Palästina im Jahre 1920.

Die Zeitschrift „Palestine Weekly" veröffentlicht folgende Uebersicht:

Das Jahr 1920 in Palästina war beherrscht durch den langwierigen Prozeß der Auseinandersetzung mit der Türkei. Zu Beginn des Jahres stand das Land noch unter militärischer Verwaltung und die Verständigung und Uebereinstimmung über wichtige Punkte der Politik zwischen der Zentral-Regierung und einigen ihrer Vertreter im Lande war keineswegs vollkommen. Im Norden hatten die Franzosen ernste Schwierigkeiten mit Emir Feisal und es bestand nicht jene freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Engländern und Franzosen, die im Interesse leider wünschenswert gewesen wäre. Nachdem die britische Armee sich bis weit südlich von der Sykes-Picot Linie zurückgezogen hatte, bemühte man sich in London, Paris und Damaskus, eine Einigung mit dem Emir zu erzielen, worin die französischen Ansprüche anerkannt und mit den Rechten des Emir in Einklang gebracht würden.

Der Emir befand sich in einer schwierigen Lage. Die gemäßigte Richtung in Syrien war für eine Verständigung, aber es gab eine radikale Partei, die keine Zugeständnisse machen wollte und von einem geeinigten Syrien mit Anschluß Palästinas träumte. Des Emirs Macht stützte sich größtenteils auf die Radikalen und er fühlte sich niemals stark genug, mit ihnen zu brechen, obwohl er die Gefahr würdigte, die sie bedeuteten. Dieselbe Meinungsverschiedenheit bestand über Palästina. Der Emir war für die Anerkennung des britischen Mandats, für das jüdisch-nationale Heim und für enge Zusammenarbeit mit dem Zionismus. Die Radikalen forderten das Aufgehen Palästinas in einem unabhängigen arabischen Königreich und Krieg mit dem Zionismus.

Dieser Schwäche und diesem Konflikt entsprangen ernste Folgen. Zweifellos von Damaskus provoziert und zum Teil vielleicht inspiriert von Agenten Kemals, nahmen Plünderung und Mord in der französischen Zone überhand und zahlreiche Raubzüge wurden vom Osten her nach Palästina unternommen. In Palästina selbst wurde eine heftige Agitation zu Gunsten des radikalen Flügels in Damaskus getrieben. Diese verschiedenen Bewegungen gipfelten in zwei wichtigen Ereignissen. Das erste war die Ausrufung Emir Feisals zum König von Syrien und Palästina in Damaskus, das zweite war der Ausbruch ernster Unruhen von seiten der Araber gegen die Juden anläßlich des Nebi Musa-Festes. Diese Vorfälle beschleunigten die Entscheidung der Großmächte. Auf einer Konferenz zu San Remo wurde beschlossen, Großbritannien das Mandat für Palästina zu geben und die Balfoursche Deklaration in den Vertrag mit der Türkei aufzunehmen. Die britische Regierung entschloß sich endlich einzusehen, daß die militärische Besetzung unzweckmäßig geworden war. Es wurde beschlossen, Herbert Samuel (der gleichzeitig geadelt wurde) zum High Commissioner für Palästina zu ernennen und mit der Einrichtung einer Zivilverwaltung zu betrauen. Sir Herbert Samuel nahm seine Tätigkeit anfangs Juli auf, ernannte Mr. Deedes zu seinem Zivilsekretär, beließ Mr. Storrs als Gouverneur von Jerusalem und nahm im übrigen verhältnismäßig wenig Aenderungen im Beamtenstande vor.

Am 9. Juli formulierte der High Commissioner seine Politik in einer feierlichen Ansprache. Er verließ gleiche Gerechtigkeit für alle, Freiheit von drückenden Lasten und eine

---

hung bestimmt.) Auf dem vierten Sarg war ein Relief des Tempeltores, fast genau wie die Abbildung des Tempeltores auf den Münzen des Bar-Kochba (ein wichtiger Fingerzeig für die Epoche dieser Gräber!), und eine griechische Ueberschrift: „Das ist das Grab des Eusivor, Ratsmitglied. Er lebte soundsoviele Jahre" (Die Jahresanzahl ist verwischt.) Bei alledem sind keine Zeichen christlicher oder heidnischer Zeiten, vielmehr sind es rein jüdische Reliefbilder. Nach P. Vincent soll dies ein Grab eines der Synedrianmitglieder sein.

Die Arbeit, berichtet Slouschz, wurde immer schwieriger und ich wollte sie unterbrechen. Da veranstalteten meine Arbeiter einen „Streik". Sie ließen mir ein Schreiben zukommen, wenn ich die Arbeit nicht fortsetze, würden sie es selbst tun. Das Interesse der jüdischen Arbeiter an diesem wissenschaftlichen Werke war ein sehr starkes. Mit seltener Aufopferung taten sie mit — ich mußte ihrer Forderung nachgeben. Unsere Arbeit lohnte sich. Wir fanden viele Gräber, welche nach unserer Ansicht und der der anderen christlichen Gelehrten die Gräber des Synedrion sind. Während die „Heilquellen-Synagoge" sehr alt ist, scheinen die Gräber aus dem dritten Jahrhundert nach gewöhnlicher Zeitrechnung zu sein.

Ich weise auf die in Tiberias bis auf den heutigen Tag lebendig gebliebene Sage hin, daß die im Talmud erwähnten 24.000 Schüler des R. Akiba, die im Aufstand des Bar-Kochba für die Freiheit ihres Vaterlandes gefallen sind, in der Umgebung von Tiberias bestattet sind.

Um dieselbe Zeit — erzählt der Vortragende — bekam ich die Mitteilung, daß die Regierung an einer anderen Stelle in Tiberias einen Wasserleitungskanal grabe, und ich wurde aufgefordert, das dort gefundene Material wissenschaftlich zu untersuchen. Auch dort wurden Gräber in einer Tiefe von 180 Zentimeter vorgefunden. Der Typus dieser Gräber ist derselbe, den ich seinerzeit in Afrika als den aus der Epoche der Geonim stammenden entdeckte. Es sind dies künstlich errichtete Gräber aus je drei Steinen. Ueber diesen Gräbern wieder eine Reihe aus späterer Zeit bis zum Grabe des Maimonides, der kurze Zeit vor der Zerstörung Tiberias im 13. Jahrhundert bestattet wurde. Die weiteren Forschungen, zusammen mit dem Chacham aus Tiberias, Dr. Jakob Tolidano, unternommen, ergaben auch Inschriften aus der Zeit der Geonim und anderer antiker Gelehrten. Es ist kein Zweifel, daß wir es hier mit einem sehr alten Friedhof zu tun haben, und die weiteren Forschungen werden sehr viel zur geschichtlichen Aufhellung dieser dunklen Epoche beitragen. Auf einem Grabe wurde der Name Raba, auf einem anderen der Name R. Schimon bar Raba gefunden. Ein Steinstück aus der Masorah-Epoche befindet sich noch heute im Besitz des Chacham Tolidano.

Die Straßenbauarbeiter haben viele Hunderte von Gegenständen und Wertsachen gesammelt, die sie für eine jüdische Abteilung beim Archäologischen Museum in Jerusalem bestimmten. Die Regierung wird uns bei der Gründung dieser Abteilung behilflich sein. Alle Gegenstände werden zum „Bezalel" gebracht, wo Professor Schatz in Kürze eine Ausstellung dieser Sachen veranstalten wird.

Der Vortragende schloß mit den Worten: Das erste Mal trat eine jüdische Gesellschaft an die Arbeit zur Erforschung Palästinas heran und ihr Werk gelang vollständig. Die ersten Entdeckungen haben ein Licht auf die wichtigsten Epochen dieser mystischen Stadt Tiberias geworfen. Sie werden auch viel zum Verständnis der althebräischen Kultur beitragen, nicht aus Schriften und Büchern, sondern aus Geräten, Bauten und handgreiflichen Gegenständen, welche lebendige Zeugen unseres altertümlichen Lebens in verschiedenen Epochen darstellen. Wir hoffen, daß der Oberkommissär und die christlichen Gelehrten uns weiterhin ihre Hilfe angedeihen lassen werden, damit wir dieses Forschungsgebiet, die Ausgrabung der im Erdboden verborgenen Schätze nach unserem Geiste wissenschaftlich bearbeiten können zur Ehre des Judentums und im Interesse der Wissenschaft.

Der hochinteressante Bericht Professor Slouschz' läßt ahnen, wie wichtig die jüdische Arbeit in Palästina auch in dieser Hinsicht ist. Jüdische Chaluzim, die Pioniere des neuen Erez Israel, leisten schwere Arbeit bei den Chausseebauten, aber verständnisvoll folgen sie jeder Spur, die sie vorfinden, und stellen sich aufopferungsvoll dem jüdischen Forscher zur Verfügung, wenn es gilt, alte Schätze unserer ehrwürdigen Volkskultur zu entdecken und zu bergen. Sie schaffen am Werk der jüdischen Zukunft und helfen liebevoll die Schätze der jüdischen Vergangenheit zu bergen, ein schönes Beispiel von Hingebung und Treue im Dienste der jüdischen Sache.

ehrliche Verwaltung. Eine Beratungskörperschaft solle ernannt werden, die zwar der Mehrheit nach aus Beamten bestehen, aber auch zehn Zivilmitglieder aus allen Teilen der Bevölkerung enthalten solle. Maßnahmen zur Errichtung eines jüdischen nationalen Heimes sollten getroffen und Landtransaktionen mit gewissen notwendigen Einschränkungen erlaubt werden. Eine Landkommission solle eingesetzt werden, um festzustellen, welche Gebiete für geschlossene Siedlung zur Förderung des Landes verfügbar seien. Eine Katasteraufnahme solle durchgeführt werden. Ein umfassendes Programm öffentlicher Arbeiten wurde in Aussicht genommen ebenso wie Maßnahmen zum Schutz historischer Denkmäler. Endlich wurde eine Amnestie für einen Teil der Schuldigen an den Unruhen erlassen.

Kurz nach dem Amtsbeginn des High Commissioner schritten die Franzosen in Syrien zu entscheidenden Aktion. General Gourand stellte dem Emir Feisal ein Ultimatum, worin er Anerkennung des französischen Mandates, Kontrolle über die Eisenbahnen und Bestrafung der Plünderer verlangte. Gleichzeitig erklärte sich der Libanonrat, der bisher für ein Werkzeug Frankreichs gehalten wurde, für ein geeinigtes Syrien unter Emir Feisal. Die Umstände betreffend die Zustellung des französischen Ultimatums sind noch in ein gewisses Dunkel gehüllt. Die Franzosen schritten zur Gewalt, die scherifische Armee leistete nur geringen Widerstand, der Emir floh nach Deraa und dann nach Haifa und die Franzosen besetzten Damaskus. General Couraud schuf ein Groß-Libanon, einen im wesentlichen christlichen Staat, und später weitere syrische Staaten. In Damaskus wurde ein gefügiges Ministerium eingesetzt und mit sehr geringer Anstrengung setzte sich die Autorität Frankreichs durch. Der Umsturz blieb aber doch nicht ganz ohne tragische Folgen. Das Ministerium wurde während einer Fahrt auf der Bahn Damaskus—Semach von Beduinen angegriffen und mehrere Minister wurden getötet. Bei dieser Gelegenheit verlor Commandante Bianchini, ein ausgezeichneter italienischer Marineoffizier und früheres Mitglied der Zionistischen Kommission, sein Leben.

Der Fall Feisals brachte die Frage der Regierung in Ost-Palästina, das unter seiner militärischen Verwaltung gestanden hatte, aufs Tapet. Nach dem Sykes-Picot-Vertrage fiel das ganze Gebiet südlich des Jarmuk in die britische Sphäre. Die französische Regierung erklärte sich an diesem Gebiete uninteressiert und im August kam der High Commissioner in Es Salt mit den arabischen Chefs zusammen. Die Bevölkerung wünschte eine tatsächliche britische Besetzung, die Leben und Eigentum schützen könnte. Die Londoner Regierung aber war zu der Zeit in Mesopotamien stark engagiert und fürchtete sich davor, weitgehende Verantwortungen zu übernehmen. Daher erklärte der High Commissioner, daß die Bevölkerung selbst eine Regierung bilden solle, daß sie aber freien Handel mit Palästina genießen und daß die palästinensiche Regierung ihr durch Entsendung von politischen Beamten und von Gendarmerie beistehen würde. Der Versuch ist nicht allzu erfolgreich gewesen, da es sich um ein Land handelt, in dem nur die Autorität gilt, die entsprechende Machtmittel entfalten kann. Streiftrupps aus dem Süden und andere Elemente stifteten Unruhe und in nicht allzu ferner Zeit wird eine wirkliche Besetzung dieses fruchtbarsten Teiles des palästinensischen Gebietes durchgeführt werden müssen.

Die Nordgrenze blieb lange Zeit unbestimmt. Die Franzosen bestanden auf den Bestimmungen des Sykes-Picot-Vertrages. Von palästinensischer Seite aber wurde eine Nordgrenze verlangt, die dem Lande den Besitz jener Wasserkräfte sichert, die allein die Mittel zur Bewässerung und Elektrifizierung in großem Maßstabe liefern können. Der Beirat des High Commissioners sprach die Auffassung Palästinas in diesem Punkte aus, aber der Erfolg entsprach nicht völlig. Im Dezember gelangten Lloyd George und Leygues zu einer Vereinbarung, wonach Frankreich der ganze Dscholan und Hauran zufielen, das ganze Gebiet des Litani, das Ostufer des Tiberias-Sees und das Jarmuktal samt der Eisenbahn. Allerdings wurde versprochen, Palästina die Benützung der Wasserkräfte zu gestatten und zionistische Fachleute bei der Feststellung der Einzelheiten anzuhören. Die Regelung der Grenzen war eine tiefe Enttäuschung für alle patriotischen Palästinenser, die sie keinesfalls als endgültig ansehen können. Gleichzeitig mit den Grenzen wurden die Bestimmungen des Mandates zwischen den Großmächten vereinbart und zur Ratifizierung an den Völkerbund nach Genf gesandt. Die Mandatsbestimmungen sind noch nicht veröffentlicht*), aber es ist bekannt, daß sie so gefaßt sind, um die Balfoursche Deklaration auszuführen und daß die Zionistische Organisation als Vertreter des jüdischen Volkes für die Aufgabe der Errichtung eines jüdischnationalen Heimes anerkannt wird. Am Jahresschluß war der Friedensvertrag mit der Türkei noch nicht ratifiziert, was zu gewissen Mißständen führte.

*) Der Artikel ist vor der Publizierung des Mandates geschrieben.

Der High Commissioner widmete die ersten sechs Monate seiner Amtsführung aktiver Aufbauarbeit. Seine Verwaltung brauchte Geld für das große Programm öffentlicher Arbeiten und fand gewisse Hindernisse bei der Sicherung desselben durch die auf der ganzen Welt bestehende wirtschaftliche Krise. Mehrere Tausende jüdischer Einwanderer kamen in das Land und fanden Beschäftigung, hauptsächlich beim Straßenbau und anderen öffentlichen Unternehmungen. Diese Neuankömmlinge brachten die Grundsätze der Kooperation mit und schlossen gruppenweise ihre Kontrakte ab. Ihre Ankunft traf zeitlich mit einer gewissen Unruhe unter den Arbeitern zusammen, die wirtschaftlichen Charakter trug. Es gab mehrere Streiks, besonders in den Weinkellereien von Rischon und in Jaffa.

Verschiedene wirtschaftliche Fragen erforderten besondere Beachtung. Nicht die geringste war die Forderung der Suez-Kanal-Kompanie nach Entfernung der Eisenbahnbrücke über den Kanal, welche den Durchgangsverkehr zwischen Palästina und Aegypten ermöglichte. Trotz energischer Proteste seitens der palästinensischen Regierung wurde die Brücke mit Neujahr abgebrochen. An ihre Stelle sind Trajektfähren getreten, welche den Durchgangsverkehr wenigstens in einem gewissen Maße ermöglichen. Ein gewisser Fortschritt wurde erzielt, indem die Eisenbahnen in Palästina in einen besseren Zustand versetzt wurden, aber noch immer ist rollendes Material und eine ganze Anzahl von Umbauten nötig. Dazu wäre eine Anleihe erforderlich. Die Frage der Elektrifizierung der Eisenbahnen wurde ernstlich erwogen, hauptsächlich im Zusammenhange mit einem von Ing. Ruttenberg verfaßten Projekt für eine hydroelektrische Anlage.

Es wurde anerkannt, daß eines der wichtigsten Bedürfnisse Palästinas ein entsprechender Hafen ist. Ein bescheidener Plan zum Ausbau der Rhede von Haifa wurde in Angriff genommen. Haifa könnte wohl der führende Hafen im östlichen Mittelmeer werden, aber die Arbeiten sind sehr kostspielig und werden viele Jahre dauern, und die Aussichten von Haifa sind durch eine Grenzregelung, die ihm einen bedeutenden Teil seines natürlichen Hinterlandes nimmt, nicht verbessert worden. Pläne für einen Hafen in Jaffa sind in Erwägung und es ist wahrscheinlich, daß dort raschere Fortschritte gemacht werden als in Haifa.

Inland.

Ernstes und Heiteres von der Volkszählung.

Wie uns von vertrauenswürdiger Seite berichtet wird, hat in einer mährischen Stadt der tschechische sozialdemokratische Bürgermeister je einen Vertreter der Zionisten und der tschechischen Juden gleichzeitig zu sich geladen und beiden den Wunsch ausgesprochen, sie möchten vor der Volkszählung durch Plakate die jüdische Bevölkerung auffordern, sich zur jüdischen, bezw. tschechischen Nationalität zu bekennen. Es entwickelte sich ein artiges Gespräch zu dritt, in dessen Verlauf sowohl der Vertreter der tschechischen Juden als auch der besorgte Stadtvater verschiedene Wahrheiten zu hören bekammen. Der Zionist hatte Gelegenheit zu bemerken, daß er auf die an ihn gerichtete Zumutung hin die Anbringung der bereits früher bestellten Plakate am liebsten verhindern würde, da unser Bekenntnis zur jüdischen Nationalität niemand zuliebe und niemand zuleide, sondern uns selbst und der von uns erkannten Wahrheit zu Ehren erfolge. Dementsprechend waren auch die zionistischen Plakate abgefaßt. Hingegen trugen die Plakate der tschechischen Juden einen Text, der etwa lautete: Wer sich zur jüdischen Nationalität bekennt, schließt sich aus der tschechischen Nation aus. Wer nicht zum Fremdling in unserer Republik werden will, bekennt sich zur tschechischen Nationalität! Wenn irgend jemand glaubt, mit infamen Lügen einem vorgeblichen Ideal nützen zu können, fühlen wir nur lebhaftes Mitleid. Es wäre aber vielleicht doch gut, wenn die tschechischen Juden auch noch hinzugefügt hätten, daß auch alle jene tschechoslowakischen Staatsbürger, die sich etwa zur deutschen Nationalität bekennen, dadurch die Staatsbürgerschaft verlieren. Das Groteske ihrer Lüge wäre dadurch etwas deutlicher zum Vorschein gekommen.

Diese heitere Blüte ist aber nicht die einzige, die anläßlich der Volkszählung auf dem Baume eines seiner eigenen Würde vergessenen Judentums entsprossen ist. Der „Jüdische Sozialist", das Organ der kommunistischen Poale-Zion in der tschechoslowakischen Republik, hat allen seinen Anhängern die Parole vorgeschrieben: „Glaubensbekenntnis: konfessionslos, Nationalität: jüdisch". Abgesehen davon, daß der Austritt aus einer Konfession nicht durch eine Eintragung im Volkszählungsbogen erfolgen kann und daß eine solche Eintragung unrichtig und daher strafbar ist, wenn der Austritt aus der Konfession nicht auf gesetzliche Weise vollzogen wurde, ist es doch mehr als merkwürdig, wenn eine „jüdische" Partei ihren Anhängern diesen Austritt vorschreibt. Es ist ein Beweis für die Kenntnislosigkeit und Unsicherheit dieser Herren, die nichts anderem gehorchen als der tönnenden Phrase. Sie haben in jenen Magazinen, aus denen sie ihre Schlagwörter beziehen, auch eines vom Antiklerikalismus gefunden und wenden es nun auf die jüdische Religion ebenso an, als wäre diese eine Art von römischem Katholizismus. Es ist uns unverständlich, was einen jüdischen Sozialdemokraten daran hindern könnte, dem Gesetze Mosis zu gehorchen, das eine soziale Gesetzgebung darstellt, wie sie nicht einmal in Moskau, der „Heimat aller", verwirklicht ist. Aber nach den wahren Inhalten fragt ja diese Gruppe niemals, ihr ist nur wichtig, ob sie die Gelegenheit hat, den Mund radikal aufzureißen, und ob der Moskauer Papst ihr Verhalten billigt. Da ßsie selbst damit ein Schulbeispiel von reaktionärem Klerikalismus und Ultramontanismus liefert, kommt ihr gar nicht in den Sinn.

Naths Sfath amenu an den Mittelschulen.

Laut Ministerialerlaß vom 22. Dezember 1920, Zl. 76.588, gerichtet an den Mährisch-Schlesischen Rabbinerverband, wurde die probeweise Einführung von Naths Sfath amenu an den Mittelschulen gestattet".

Litauen.

Sitzung des jüd. Nationalrates.

(J. C. B.) Auf der jüngst stattgefundenen Sitzung des jüdischen Nationalrates für Litauen, wurden die der Regierung vorzulegenden Ausbesserungen zum Gesetze vom 10. Jänner 1920 betreffend die Steuerhoheit der jüdischen Gemeinden verhandelt und zum Beschlußantrag erhoben. Die Resolution lautet: Sämtliche jüdische Gemeinden bilden einen vereinigten Gemeindebund. Als dessen Organe gelten:

1. Die Vorstands-Tagung der Gemeinden.
2. Der von der Nationalratstagung gewählte Nationalrat.
3. Die aus Wahlen hervorgegangene Exekutive.

Der Nationalrat ist die gewählte Vertretung der gesamten jüdischen Bevölkerung Litauens. Nachstehende Agenden gehören in die Kompetenz der Gemeinden- und Nationalratstagung:

1. Die im § 1 des Gesetzes enthaltenen Aufgaben, insofern sie von allgemeiner Bedeutung für die gesamte jüdische Bevölkerung sind.
2. Die Vereinheitlichung der Tätigkeit der einzelnen Gemeindekomitees und deren gegenseitige Verbindung.
3. Schiedsrichterliche Entscheidungen über eventuelle vorgebrachte Beschwerden gegen die Wirksamkeit einzelner Gemeindekomitees.
4. Die Verwaltung des der jüdischen Gesamtbevölkerung gehörenden Vermögens.

Behufs Genehmigung der gewählten Gemeindekomitees durch das jüdische Ministerium hat der Nationalrat darüber sein Gutachten dem jüdischen Minister abzugeben. Der gleiche Vorgang gilt betreffs der Steuerausschreibung.

Die Tagung der jüdischen Gemeinden und des Nationalrates bestimmt den jeweiligen Kandidat auf den jüdischen Ministerposten. Derselben steht auch das Recht zu, den jüdischen Minister abzuberufen. Der Minister für jü- Einvernehmen mit den Organen des Gemeindebundes aus.

Der Nationalrat ist mit den Rechten einer juridischen Person ausgestattet.

Zur Deckung seines Budgets steht dem Nationalrat das Recht zu, bei den einzelnen Gemeinden einen Teil der Geldmittel einzuheben, welche diese gemäß Paragraph 3 des Gesetzes eintreiben.

Im weiteren Verlaufe der Nationalratssitzung wurde nach Anhörung eines Berichtes über die Lage der jüdischen Bevölkerung in Wilna eine Resolution angenommen, in der die Vollsitzung des jüdischen Nationalrates in Litauen ihren Schmerz über die Leiden der Wilnaer Juden Ausdruck gibt, deren sehnsüchtiger Wunsch nach Wiedervereinigung mit der ganzen litauischen Judenheit bisher unerfüllt geblieben ist. Die Resolution betont mit Genugtuung die mutige Haltung der Wilnaer Juden und drückt die Zuversicht aus, daß sie auch fernerhin den Kampf mannhaft fortsetzen werden, bis sie wieder freie Bürger in der freien litauischen Republik werden.

Die weiteren Resolutionen des Nationalrates enthalten eine Begründung an den Waad Leumi in Palästina, sowie an den Oberkommissär Sir Herbert Samuel, dem es gelingen möge, sämtliche Klassen und Parteien des jüdischen Volkes für den Wiederaufbau Palästinas zu vereinigen.

Politische Chronik.

Der „Reigen".

Die Hilferufe Wiens sind verhallt. Sonst klagten alle Zeitungen über das Sinken der Valuta, Preistreiberei, Wucher, über die immer größer werdende Demoralisation, die Entartung der Wiener Menschenkinder. Die Frage: wird die Entente helfen oder nicht, benahm allen Wienern den Atem, unterdes aber wurde fleißig geschoben, getanzt, gejazzt, foxgetrottelt bis ans Ende. Nun hört man nichts davon, nicht einmal von der Ausweisung der Ostjuden. Die Christlichsozialen sind auf der Jagd nach edlerem Wild. „Die Aufführung des Schnitzlerschen „Reigen" muß verhindert werden, da treten alle anderen Sorgen in den Hintergrund. Anschluß, Donauföderation, Ententehilfe, alles ist nichtig. Wozu das all. Den „Reigen", den „Reigen" in Ketten! Und den Wiener schert solange weder Weib noch Kind, solange das Volkstheater in seinen heiligen Hallen den „Reigen" beherbergt. Soll man lachen, oder weinen. Glauben wirklich christlichsoziale Fanatiker, daß die Moral auch nur einer „gschamigen" Zuhörerin oder Zuschauerin verletzt wird? Glaubt aber andererseits die „Arbeiterzeitung", die von dem Schrei nach dem Reigen widerhallt, dadurch die Reaktion zu vertreiben, oder die Not zu lindern?

Wenn Buben das Volkstheater stürmen, die Aufführung verhindern, Herren und Damen körperlich verletzen, so ist das gewiß eine Tatsache, die gerügt und gesühnt zu werden verdient. Aber die Wiener Regierung soll sich doch nicht vor der ganzen Welt so lächerlich machen, und aus der Verhinderung oder Aufführung des „Reigens" eine politische Aktion zu machen. Die Zeiten sind doch hoffentlich vorüber, in denen eine Täuferin — wenn sie auch Lola Montez hieß — Ministerstürze veranlaßte, oder die arme „Stuanne aus Portidi" eine Revolution zur Folge hatte. Eine Stadt, in der Menschen für Theaterredouten 20.000 Kronen Eintritt zahlen, indes Tausende tuberkuloser Kinder zugrunde gehen, ist nicht wert gerettet zu werden, und die Menschen, die dies Unglück täglich miterleben und doch noch den traurigen Mut aufbringen sich am „Reigen" zu amüsieren, haben jede Menschenwürde verloren. Niemals war es leichter, eine Satyre zu schreiben.

Julius Graf Andrassy.

Ein Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle! Mehr noch als sein ehemaliger Freund und Ministerkollege Stephan Graf Tisza, dem er die Eleganz des Weltmannes voraushatte. Magyarisch-jüdische Journalistik, sah in beiden noch größere Söhne großer Väter und wußte nicht, wen sie mehr anbeten sollte, die Junioren oder die Senioren. Ein Staatsmann, beileibe kein gewöhnlicher Politiker, dieser junge Gyula Andrassy, ein Mann, der am englischen Parlamentarismus groß geworden ist. Antisemit! Was fällt denn Ihnen ein! Wie käme dieser Saul unter die Gießweine. Andrassy hat doch mit Prälaten nichts zu tun. Gott, daß er katholisch und Tisza kalvinisch war, dafür konnte er doch nicht, aber christlichsozial nie und niemehr! Und siehe da! Gyula will sogar dem schlauesten magyarischen Politiker, dem alten Appony die Lorbeeren wegschnappen. Von diesem war man ja gewohnt, daß er klerikal fühlte, antisemitisch handelte, er konnte nicht anders, als alter Kalksburger Jesuitenzögling. Als solcher wechselte er Parteien und Gesinnung.

Julius Graf Andrassy begann aber als liberaler Politiker. Anhänger des Dualismus, — den sein Vater zur unheilvollsten Stunde geschaffen hat, und nur Franz Joseph, Friedjung und Bettelheim lobten ihn darob — Freund Deaks, Tiszas Vater und Sohn.

Die jungen Dioskuren, die heiße Freundschaft ursprünglich verband, so las ich es vor Jahren im „Pester Lloyd", — und der müßte es ja wissen, — gingen später auseinander. Eingeweihte Aristokraten sagten: Chercher la femme, und semper aliquit haeret kann man sagen, wenn es auch nicht wahr wäre. Ob Tisza Andrassys Schwester hat sitzen lassen, die später eine Fürstin Zichy werden mußte, oder sonst etwas Aehnliches, kurz und gut sie gingen politisch und — persönlich auseinander. Der eine die „starke Hand", der „Puritaner in Wahrheitsliebe" der zweite aalglatt, Diplomat. Und nun folgt Schlag auf Schlag; nein Entwicklung auf Entwicklung.

Liberal, Verfassungspartei, vielleicht Koalition, vielleicht doch Arbeitspartei, einmal Dualist, dann Zentralist, nie aber Kommunist und endlich, endlich christlichsozial. Aber beileibe nicht gewöhnlicher Soldat, sondern sofort Häuptling.

So landet Julius Andrassy in der magyarischen christlichsozialen Partei und will nun als Patriot Betyar sein, sowie sein Staatschef Horthy. Und dieser Andrassy war der Abgott der Juden!

Erez Israel.

Politisches.

Minister Barnes über das jüdische Palästina.

Das „Meißener Tageblatt", das in letzter Zeit wiederholt unrichtige Nachrichten über den Aufbau des jüdischen Palästina veröffentlichte, teilte mit, daß der ehemalige englische Minister Barnes zu einem niederschmetternden Urteil über das jüdische Palästina gekommen sei. Diese Feststellung ist völlig unrichtig. Barnes war stets ein Freund des Zionismus. Nach seinem Aufenthalt in Jerusalem gelegentlich der Osterunruhen 1920 schrieb er in der „Times" verschiedene Artikel, in denen er zwar eine Berücksichtigung der Rechte der Araber verlangte und eine Zurückstellung des Gedankens des Judenstaates bis zum Zeitpunkt der jüdischen Majorität, wobei er jedoch seinen grundsätzlich zionistenfreundlichen Standpunkt beibehielt. Die vom „Meißener Tagblatt" ferner dem Lord Rothermere in den Mund gelegten zionistenfeindlichen Aeußerungen — dieser verlangte aus Sparsamkeitsgründen Zurückziehung der englischen Garnison aus Palästina — sind gleichfalls erfunden. (Z. K.)

Teilweise Nationalisierung privater zionistischer Unternehmungen.

(J. C. B.) Palästina-Reise und Transportgesellschaft „Maawirin", wird demnächst in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Die Vergebung der Aktien soll unter Aufsicht der Zionistischen Organisation erfolgen. Durch die schenkweise Ueberlassung eines Teiles der Aktien an das Zionistische Landeskomitee in Oesterreich, sowie durch Zusicherung eines perzentuellen Reingewinnes an das Palästina-Amt in Wien, soll der nationale Charakter dieses Unternehmens gesichert werden. Hierdurch würde auch den Nationalisierungsbeschlüssen der zionistischen Konferenz in Mähr.-Ostrau Rechnung getragen werden.

Wirtschaftliches.

Führende Stellung Italiens im palästinensischen Schiffsverkehr.

Im Jahre 1919/20 verkehrten 99 italienische Schiffe mit 175.000 Tons Raumingehalt bei einer Gesamttonnage von 466.000 Tons in den palästinensischen Häfen. Im Jahre 1912 hatte die italienische Tonnage nur 12.000 Tons betragen. Die gegenwärtige führende Stellung der italienischen Schiffahrt ist zurückzuführen auf den Uebergang des Oesterreichischen Lloyd auf die italienische Flagge. Die englische Tonnage, die 1912 über 532.000 Tons betrug, beläuft sich nunmehr auf nur 123,000 Tons. (Z. K.)

Die Lebensmittelversorgung.

Ueber die Entwicklung der Lebensmittelversorgung Palästinas erfahren wir: Das Lebensmittelamt in Jerusalem hat durch Herbeischaffung von Fischen, namentlich vom Genezareth- und Meromsee her, eine erhebliche Verbilligung der Fischpreise erzielt. Dadurch ist indirekt auch eine Verbilligung der Fleischpreise eingetreten. Die nach dem Sudan entsandte Kommission teilte ferner mit, daß sie dort eine erhebliche Viehmenge angekauft habe. Außerdem bemüht sich die Regierung, Kleinvieh aus Cypern einzuführen. Das gute Wetter, reichlicher Regen und reichlicheres Futter haben auch auf die Milchpreise drückend gewirkt. Aus Australien wurde Mehl eingeführt, worauf die Preise aller Getreideprodukte fielen. Die spekulativ zurückgehaltenen Getreidemengen gelangen zurzeit zum Verkauf. Auch Holzkohle, ist sehr gefallen, und man erwartet einen weiteren Preisrückgang, namentlich dadurch, daß die Eisenbahndirektion sie billig an Private abgibt.

Qualifizierte Arbeiter für den palästinensischen Eisenbahnbau.

Nach einer Meldung aus Palästina sind das Bahndepartement und die Militärbehörde bereit, eine größere Anzahl qualifizierter Arbeiter wie Tischler, Schmiede, Maurer, Zimmerleute, Spengler und Drechsler aufzunehmen. (Z. K.)

Freigabe der Einfuhr deutscher Farben

Das Departement für Handel und Industrie der palästinensischen Regierung hat das bisher bestehende Einfuhrverbot für deutsche Anilinfarben soeben aufgehoben. (Z. K.)

Aus den Gemeinden

Mähr.-Ostrau.

Israelitische Kultusgemeinde M.-Ostrau.

Am 23. Februar 1921, 6 Uhr abends findet eine Sitzung des Kultusrates statt

Tagesordnung.

1. Mitteilung über die Richtigstellung des Skrutiniums betreffend die Wahl der Vizepräsidenten.
2. Mitteilung von der Niederlegung des Mandates durch Herrn K. R. Natan Lichtenstern samt Antrag.
3. Z. 19. Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung.
4. Einteilung des Kultusrates in Sektionen im Sinne der Geschäftsordnung.
5. Erledigung der in der Sitzung des Kultusrates vom 12. Februar 1921 vom Kultusrate Herrn Artur Sonnenschein überreichten Interpellation.

Der Präsident: Dr. Alois Hilf.

*

Jüdischer Handwerkerverein für Mähr.-Ostrau und Umgebung. Stiftungsfest.

Der aus einem kleinen Kreise von jüdischen Handwerkern im Jahre 1911 gegründete jüdische Handwerkerverein für Mähr.-Ostrau und Umgebung, welcher jetzt einen Mitgliedsstand von zirka 300 Mitgliedern aufweist, begeht am 5. und 6. März l. J. sein 10jähriges Gründungsfest mit nachstehendem Programm:

1. Samstag, den 5. März 1921 um 10 Uhr vormittags im israel. Tempel zu Mähr.-Ostrau Festgottesdienst. Festpredigt gehalten von Sr. Ehrw. Herrn Rabb. Dr. Spira.
2. Samstag, den 5. März um 8 Uhr abends im großen Saale des Hotels National: Tanzkränzchen, Musik Dolfi Daubekapelle.
3. Sonntag, den 6. März um 10 Uhr vormittags Festsitzung im Sitzungssaale der israel Kultusgemeinde; Festrede gehalten vom Vereinsobmann.

Der Verein hat sich durch seine 10jährige Tätigkeit nicht nur um den Nachwuchs jüdischer Handwerker besondere Verdienste erworben, sondern auch in der Existenzfrage vieler Handwerker, speziell nach dem Weltkriege, Ersprießliches geleistet und seiner Tätigkeit harrt noch die Erfüllung wichtiger Aufgaben.

Anläßlich des 10jähr. Bestandes hat der Verein 1000 Kč gewidmet, welche am Stiftungstage an 10 bedürftige jüdische Handwerker oder deren Angehörige verleiht werden sollen.

*

Die Bibliothekstunden in der jüdischen Zentralbibliothek finden nicht mehr Dienstag, sondern jeden Montag, von ½6 bis ½7 Uhr abends im Beth-Hamidrasch-Zimmer der Jüd. Volksschule statt.

*

Die regelmäßigen Vorträge im Verein Ahavath-Thora werden wieder jeden Samstag von 3 bis 4 Uhr nachm. abgehalten, und zwar trägt Herr Rabbiner Dr. Spira Schulchan-Aruch vor. Gäste willkommen.

Aus der Theaterkanzlei.

Dienstag, den 22. Februar wird die erfolgreiche klassische Operette „Die Fledermaus", Musik von J. Strauß in Folge 2 gelb aufgeführt.

Mittwoch, den 23. Februar geht Lehars Meisteroperette „Die blaue Mazur", die stets bei ausverkauftem Hause aufgeführt wurde, zum 22. Male in Szene. (Folge 3 grün.)

Donnerstag, den 24. Februar findet die Wiederholung des übermütigen Schwankes „Der müde Theodor", der mit stürmischem Lacherfolg aufgenommen wurde, in Folge 4 braun statt.

Freitag, den 25. Februar Erstaufführung der Oper „Don Juan" von W. A. Mozart. (Stammsitz A.)

Samstag, den 26. Februar „Die Fledermaus", Operette von J. Strauß. (Folge 5 blau.)

Sonntag, den 27. Februar, 3 Uhr nachmittags „Die Fledermaus", Operette von J. Strauß. (Außer Dauer- und Stammsitz.) — Abends halb 8 Uhr erste Wiederholung der Oper „Don Juan" von W. A. Mozart. (Außer Dauer- und Stammsitz.)

Oderberg.

Anläßlich des am Sonntag, den 6. Februar in Oderberg stattgehabten Begräbnisses des Herrn Josef Fabiskiewicz sind nachstehende Kranzablösungsspenden bei der Kultusgemeinde Oderberg eingelaufen. Herr Huppert (Strebny) 100 Kr. Je 50 Kr. die Herren: Rosenblum (Privoz), Fabiskiewicz (Bielitz) Adolf Schrötter (Oderberg-Bahnhof.) Ungenannt 25 Kr. Benjamin Müller 20 Kr. Je 10 Kr. die Herren: David Hausmann, Wolf Wellisch, Johann Brojda, Jakob Katzker, Isidor Hochfelder, Janker Josef, Max Toppl, Robert Stiasny Samuel Latterhaus. Je 5 Kr. die Herren: Lorenz Weißberger, Littner (Dziedtz), O. Schrötter (M.-Ostrau.)

Ung. Hradisch.

Sonntag, den 6. d. M. konstituierte sich in Ung. Hradisch die Vereinigung der südmährischen „Makkabi" Turnvereine, der die Vereine: Gaya, Göding, Lundenburg, Straznice, Ung. Brod, Ung. Hradisch und Ung. Ostra angehören sollen. Vertreten waren alle Vereine, bis auf Lundenburg, welches sich entschuldigen ließ. Als Sitz der Leitung wurde Gaya bestimmt. Zum Obmanne der Leitung wurde Tb. Otto Hajek (Gaya), zum Turnwart Tb. Erwin Preuß (Gaya), zum Schriftführer Tb. Rebenwurzel Hans (Straznice) und zum Erzieher Tb. Fr. Fränkel (Ung. Ostra) gewählt. Für die Vereinigung der südmähr. „Makkabi" Turnvereine. Rebenwurzel Hans Schriftführer.

Tschechisch-Teschen.

Sonntag, den 13. ds. veranstaltete der hiesige zionistische Verein eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Juden und die Volkszählung", bei der Dr. Gustav Kohn (M.-Ostrau) referierte. Die sehr gut besuchte Versammlung, der auch ein Vertreter der Bezirkshauptmannschaft Teschen beiwohnte, wurde vom Herrn Dav. May eröffnet, der alle Erschienenen auf das herzlichste begrüßte und dem Referenten das Wort erteilte, der in seinen Ausführungen die Juden aufforderte, sich bei der Volkszählung jüdisch zu bekennen.

Troppau.

Montag, den 14. ds. veranstaltete der „Jeschurum" einen Vereinsabend, bei dem Herr Dr. Josef Rufeisen (M.-Ostrau) über das Thema: „Einiges aus der Kabbalah" sprach. Zahlreiches Publikum lauschte den Worten des Vortragenden, der dieses schwere und spröde Kapitel jüdischer Wissenschaft populär gestalten wollte. Voraussetzungslos über „Kabbalah" zu sprechen, fällt so manchem Gelehrten schwer, um so höher ist es dem Vortragenden einzurechnen, das er dieses Thema interessant zu behandeln verstand. Sein Referat zeugte von langem Studium und tiefem Verständnis für jüdische Mystik.

*

Am 19. März l. J. findet zu Gunsten jüdischer Wohltätigkeitsvereine in den „Drei Hahnen-Sälen" eine „Kopfredoute", (ohne Masken) statt. Eintritt nur für Geladene. Kartenvorverkauf: J. Eckstein und Emil Stern in Troppau, Oberring. Reklamationen sind ebenfalls an die Verkaufsbüros zu richten.

Jüdischer Nationalfonds.

Ausweis Nr. 6
vom 8.—15. Februar 1921.

Allgemeine Spenden:

Eisgrub: Izidor Hirsch	K 20.—
Troppau: Teilertrag einer Unterhaltung 884.60, Frau Altschuhl 10, zusammen	K 894.60
Proßnitz: Diverse Spenden 86.40, Gelöbnisschein 200, Giskolah-Spende 400, Ayo Taussig, Agram, Elener Fleischmann je 50 K, Johann Altar 100, Leo Berger 100, M. Bronner 50, zusammen	K 1036.40
Olmütz: Tempelspende 770, Kartenpartie Jellinek, Lauer, Hornik, Kornblüh 500, zusammen	K 1370.—
Summe der allg. Spenden	K 3321.—

Oelbaumspenden

Gaya: 1 B a. N. Erna Platschzek f. d. Unterstützungsarbeit d. J. N. F.	K 30.—
Oderfurt: August Očadlik 3 B. im J. Frey-Garten	K 50.—
Olmütz: Stadtrat Huber 1 B. a. N. Dr. Ludw. Meißner im Olmützer-Garten	K 15.—
Summe der Oelbaumspenden	K 95.—

Selbstbesteuerung.

Olmütz: Sigm. Natzler & Frau anläßlich d. Brith-Milah ihres Sohnes	K 100.—
zusammen	K 100.—

Büchsensammlung.

Bautsch: Leopold Fischer 23, Bruno Schnabel 20, Max Weinstein 13.30, David Ritter 10.22, Salomon Schnabel 6.40, zusammen	K 81.—
Gaya: Sandor Czučka 43, diverse unter 5 K zusammen	K 45.—
Kl.-Kuntschitz: Max Nacher 27, D. Spiegel 5, H. J. Karter 5, zusammen	K 43.—
Oderfurt: Josef Frey 35, N. Neufeld 28.20, Erna Körner 5.90, R. Weinteler 5.30, Ing. J. Herzig 7, Ing. Ferd. Löwy 20, Ing. Ernst Frischer 25.20, M. Borger 33.20, M. Groß 10, Arnold Kien 72, Dr. Leon Broß 360, Ing. V. Sonnenschein 40, zusammen	K 641.80
zusammen	K 810.80
Ausweis 6	K 4326.80
zuletzt ausgewiesen	K 33.319.14
Gesamtsumme bis 15. Februar 1921	K 37.645.94

Materialien: Gaya 40, Wolframs 120, zusammen 160.

„Allgemeiner Zeitungsverlag" Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stolle, Oderfurt.